

Durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen erhofft sich Südkorea insbesondere einen besseren Zugang zum chinesischen Markt; bereits heute zählt China zu den wichtigsten ausländischen Absatzmärkten für südkoreanische Produkte. Für die chinesische Regierung sind vor allem die Investitionen der koreanischen Wirtschaft in Joint Venture-Projekte interessant, die mit Technologietransfer und der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sind. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S.644; NfA, 25.10.90; IHT, 22.10.90; SWB, 31.1.1991) -schü-

tes und des Nationaleinkommens unter den jeweils geplanten Zielvorgaben für 1990 von 6% bzw. 5%.

Der landwirtschaftliche Bruttoerzeugungswert erhöhte sich im letzten Jahr um 5% [1989: 3,6%] und überstieg damit das geplante Wachstum von 4% für 1990. Hierzu hat auch die Steigerung der Getreideproduktion auf 425 Mio.t bzw. um 4,4% beigetragen. Ebenfalls erhöhte sich der Output von Baumwolle und zuckerhaltigen Pflanzen um 13,7% bzw. 18,1% sowie von Fleisch und aquatischen Produkten um 2,5% bzw. 4,2%.

rücksichtigung von Preissteigerungen betrug die Erhöhung 11,7%. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Beschäftigten betrug 1.360 Yuan und stieg damit um 7,9% bzw. um 6,6% real. Zwar erhöhte sich auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern und betrug 1990 ca. 630 Yuan, doch betrug der Anstieg nur 5% und real lediglich 1%. In einigen ländlichen Gebieten mit einseitiger Produktionsstruktur und aufgrund des Rückgangs landwirtschaftlicher Produktpreise sanken die bäuerlichen Einkommen sogar.

Binnenwirtschaft

*(25)

Erste Wirtschaftsergebnisse 1990

Das Staatliche Statistikamt veröffentlichte Mitte Januar im statistischen Bericht Nr. 1 unter der Überschrift "Sichtbare Erfolge der Regulierung und Konsolidierung der Wirtschaft, schwierige Aufgabe der Readjustierung und Umgestaltung" erste Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1990 und eine Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung.

Als Erfolg der Politik der Regulierung und Konsolidierung wird insbesondere die Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Inflation dargestellt. Allerdings seien im Verlauf der restriktiven Wirtschaftspolitik neue Probleme entstanden. Hierzu werden vom Statistikamt vor allem der starke Rückgang der Marktnachfrage und der industriellen Wachstumsrate gezählt und die damit verbundene Erhöhung der Anzahl der Industriebetriebe, die ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen mußten. Vor diesem Hintergrund habe der Staatsrat die makroökonomische Kontrolle gelockert.

Nach vorläufigen Angaben betrug das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts 4,4% im Jahre 1990 und erhöhte sich auf 1,740 Mrd. Yuan [1989: 3,6%]; das Nationaleinkommen stieg real um 3,8% [1989: 3,3%] auf 1,430 Mrd. Yuan. Mit diesen Ergebnissen liegt das Wachstum des Bruttoerzeugungswertes

Die Entwicklung des industriellen Bruttoerzeugungswertes verlief zwischen dem 1. bis 4. Quartal 1990 sehr unterschiedlich, beginnend mit einer Stagnation des Wachstums im 1. Quartal und einem Anstieg von 4,1% und 5% im 2. und 3. Quartal. Erst die Erhöhung des industriellen Bruttoerzeugungswertes um 14,2% im 4. Quartal ermöglichte die Realisierung des geplanten Zuwachses von insgesamt 6% für das Jahr 1990.

Um den Markt und die Produktion zu beleben, stimmte der Staatsrat im Verlauf des letzten Jahres einer Ausweitung der Anlageinvestitionen zu, die insgesamt auf rd. 450 Mrd. Yuan anstiegen und im Vergleich zum Vorjahr [unter Abzug von Investitionen in Lagerhäuser für Handelswaren] um 4,2% zunahmen. Der Anteil der Investitionen der im staatlichen Eigentum befindlichen Einheiten erhöhte sich um 7,6% auf 292 Mrd. Yuan. Hiervon entfielen auf die Energieindustrie 76,2 Mrd. Yuan (+21,6%), so daß sich der prozentuale Anteil der Investitionen in die Energieindustrie von 24,4% auf 28% erhöhte. Die Investitionen in die Bereiche Transport, Post- und Nachrichtenwesen stiegen auf 43 Mrd. Yuan (+9,2%), und der Anteil dieser Bereiche vergrößerte sich von 15,3% auf 15,8%. Dagegen wird mit einem Rückgang des Investitionsanteils der einfachen Verarbeitungsindustrie von 18,1% auf 15% gerechnet. In den 200 staatlichen Schlüsselprojekten wurden 1990 insgesamt 42 Mrd. Yuan investiert, wobei die geplante Investitionssumme überschritten wurde.

Die Lohnsumme der städtischen und ländlichen [abhängig] Beschäftigten stieg 1990 um 13% gegenüber dem Vorjahr auf 296 Mrd. Yuan; unter Be-

Insgesamt erhöhten sich die Spareinlagen der städtischen und ländlichen Einwohner im Jahre 1990 auf 703,4 Mrd. Yuan und stiegen damit um 188,7 Mrd. Yuan bzw. um 36,7%.

Aufgrund der schwachen Marktnachfrage war der Einzelhandelsumsatz im Zeitraum August 1989 bis Mai 1990 stark rückläufig, und Maßnahmen zur Marktbelebung zeigten erst ab Juni ihre Wirkung. Im 4. Quartal wird mit einer Erhöhung des städtischen und ländlichen Einzelhandelsumsatzes um 9,4% gegenüber der Vorjahresperiode gerechnet. Insgesamt wird der Einzelhandelsumsatz auf 825,5 Mrd. Yuan steigen und damit um 1,9% höher als im Vorjahr liegen.

Seit September 1990 erholte sich auch der Markt für Investitionsgüter; im September stieg das Verkaufsvolumen um 6,3%, im Oktober um 14,4% und im November um 19,3%, so daß damit gerechnet wird, daß das Gesamtvolumen auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

Das Außenhandelsvolumen im Jahre 1990 erhöhte sich um 3,4% und erreichte 115,4 Mrd. US\$, wobei der Anteil der Exporte 62,07 Mrd. US\$ und der Anteil der Importe 53,36 Mrd. US\$ ausmachten. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Exporte um 18,1%, während die Importe um 9,8% zurückgingen. Damit konnte seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder ein Handelsbilanzüberschuß erzielt werden, der 8,71 Mrd. US\$ beträgt [1989: Saldo -6,6 Mrd. US\$].

Zwischen Januar bis November 1990 stiegen die ausländischen Investitionen um 5,5% im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 10,57 Mrd. US\$; die reali-

sierten Investitionen erhöhten sich um 6,8% auf 8,81 Mrd.US\$. Auch der Tourismusbereich erholte sich im Vergleich zum Vorjahr, wobei insbesondere die im Herbst 1990 durchgeführte 11. ASEADE beigetragen hat. So stieg die Anzahl der Touristen um 18,4% auf 29 Mio. Besucher und die im Tourismusbereich erwirtschafteten Devisen erhöhten sich um 13% auf 2,1 Mrd.US\$.

Der Anstieg der Einzelhandelspreise in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres verlangsamte sich im Vergleich zu den Vorjahresperioden deutlich; so betrug der Preisanstieg im 1. und 2. Quartal lediglich 3,3% und 2,2% und im 3. Quartal nur 0,6%. Mit der Anpassung einiger Preise für Güter und Dienstleistungen im Bereich der Grundversorgung der Konsumenten stiegen im ersten und zweiten Monat des 4.Quartals insbesondere in den mittleren und großen Städten die Preise um ca. 10%. Für das gesamte Jahr 1990 wird mit einem Preisanstieg von ca. 2% gerechnet.

Zwar gab das Statistikamt noch keine Daten zum Umfang der städtischen Arbeitslosigkeit bekannt, doch wird im Bericht Nr.1 darauf verwiesen, daß die mit Fabrikschließungen und Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme aufgrund der Anstrengungen aller Regierungsebenen größtenteils überwunden worden seien.

Zu den Hauptproblemen der wirtschaftlichen Entwicklung zählen im Bericht des Statistikamtes die gestiegenen Lagerbestände in den Industriebetrieben, die sich bis Ende November 1990 gegenüber dem Jahresanfang um 45,1 Mrd. Yuan erhöhten. Auch Schwierigkeiten beim Einkauf und Verkauf landwirtschaftlicher und Nebengewerbeprodukte werden im Bericht genannt. Als Gründe hierfür gelten 1. der "time-lag" zwischen den relativ spät beschlossenen Maßnahmen zur Marktbelebung und den Auswirkungen dieser Maßnahmen, 2. der negative Einfluß lokaler Marktbarrieren und Marktabschottung, 3. die zu geringen Fortschritte in der Veränderung der industriellen Produktionsstruktur und 4. das relativ stabile Konsumverhalten der Bevölkerung.

Als weiteres Problem gilt die gesunkene Effizienz der Industriebetriebe. So gingen zwischen Januar bis November

1990 die planmäßigen Gewinne und Steuern der staatlichen Industriebetriebe um 18,8% gegenüber der Vorjahresperiode zurück, die gesamten Verluste verdoppelten sich und die Kosten vergleichbarer Produkte stiegen um 6,5%. Außerdem erhöhte sich die Umschlagsgeschwindigkeit des planmäßigen Umlaufkapitals gegenüber der Vorjahresperiode von 108 auf 130 Tage; dies mache zusätzlich ca. 50 Mrd. Yuan aus.

Auch die Entwicklung des Staatshaushalts, die durch einen schnelleren Anstieg der Staatsausgaben gegenüber den Einnahmen gekennzeichnet ist, hat sich nach der Darstellung des Statistikamtes erheblich verschlechtert. Allerdings wurden noch keine Daten über die Höhe des Haushaltsdefizits im Jahre 1990 genannt.

Auch auf die Gefahr einer weiteren Inflationsrunde wird hingewiesen, da die Banken zur Belebung der Wirtschaft bis Ende November das Kreditvolumen um 17,1% gegenüber dem Jahresanfang auf 212,5 Mrd. Yuan erhöht hätten. So habe die starke Ausweitung des Kreditvolumens seit Juni 1990 bereits die Geldmenge erheblich erhöht. Da die Zuwachsraten der Geldmenge die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteige, werde dadurch die Stabilisierung der Wirtschaft erschwert.

Für das Jahr 1991 sagt das Statistikamt insgesamt eine günstigere Entwicklung voraus. Mit der Befriedigung der Investitionsnachfrage, dem Anstieg der Einkommen der Bevölkerung und insbesondere der Belebung der ländlichen Märkte sowie der Ausweitung der Nachfrage öffentlicher Institutionen wird mit einer Erholung des Einzelhandelsmarktes gerechnet. So wird davon ausgegangen, daß sich der Einzelhandelsumsatz im 1. Quartal 1991 um ca. 10% erhöht.

Auch die industrielle Produktion wird nach der Einschätzung des Statistikamtes im gleichen Zeitraum um 10% ansteigen. Diese Voraussage basiert auf den Annahmen, daß aufgrund der reichen Ernte des Vorjahres sowie des gestiegenen Energie- und Rohstoffangebotes gute Voraussetzungen für die industrielle Entwicklung gegeben seien, ein Nachholbedarf bei der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bestehe und bei den lokalen Re-

gierungseinheiten der Wunsch nach einer Erhöhung der finanziellen Einnahmen vorherrsche. Eine Erhöhung im 1. Quartal um 10% erscheint schon deshalb möglich, weil der entsprechende industrielle Produktionswert im Vergleichszeitraum des Vorjahres sehr niedrig war.

Für das Jahr 1991 sieht die staatliche Planung eine Erhöhung der Investitionen um 10% vor. Sowohl die Investitionen im staatlichen Budget, als auch die Investitionsfonds der Bereiche Energie, Kohle, und Eisenbahn und die Bankkredite für Anlageinvestitionen sollen ausgeweitet werden. Weiterhin plant die Regierung, zur Steigerung der Investitionen zusätzlich staatliche Schuldverschreibungen auszugeben und Erleichterungen bei der Nutzung ausländischen Kapitals einzuführen. (RMRB, 16.1.91, S.2; SWB, 30.1.91) -schü-

*(26)

Reformprogramm für den städtischen Wohnungsbau Shanghais

Im Dezember kündigte die Shanghai Regierung ein umfassendes Reformprogramm für den städtischen Wohnungsbau für die Zeit des 8.Fünffjahresplanes und die kommende Dekade an. Obwohl zwischen 1979 und 1989 die Wohnfläche um 43,48 Mio. m² ausgeweitet werden konnte (eine Steigerung um das 2,4fache im Vergleich zu den vorangegangenen 30 Jahren), zählt Shanghai weiter zu den Städten, in denen der Wohnraum besonders knapp ist. Nach offiziellen Angaben befinden sich 14,4% der Bevölkerung in akuter Wohnungsnot und benötigen dringend eine Wohnung, auf die sie schon seit Jahren warten. Zwar konnte die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf von 3,9 m² im Jahre 1949 auf 6,4m² im Jahre 1990 erhöht werden, doch müssen noch über 327.000 Haushalte mit einer Wohnfläche von unter 4m² pro Kopf leben.

Das Reformprogramm im Wohnungsbau sieht eine Vergrößerung der Wohnfläche um 50 Mio m² und damit eine Erhöhung des Pro-Kopf-Wohnraumes auf 8 m² vor.

Vorgesehen ist u.a. die Einrichtung eines öffentlichen Kapitalfonds für den Wohnungsbau, an den ab 1991 jeder Beschäftigte 5% seines Monatslohnes

und jedes Unternehmen/jede Einheit dieselbe Summe abführen muß. Die von den Beschäftigten eingezahlten Mittel sollen für den Bau und die Reparatur sowie den Kauf von Wohnungen für die Beschäftigten verwandt und an diese bei Erreichung des Rentenalters oder bei Ortswechsel verzinst zurückgezahlt werden.

Weiterhin soll die Miete auf ein Niveau angehoben werden, das die Aufwendungen für die Verwaltung, die Reparatur, die Zinsen für den Investitionsfonds sowie die Immobiliensteuern berücksichtigt. Um die finanzielle Belastung der Beschäftigten nicht zu sehr zu erhöhen, können die jeweiligen Einheiten an die Beschäftigten eine 2%ige Subvention entsprechend ihrer Löhne und Rentenbezüge zahlen.

Darüber hinaus soll jeder Haushalt bei Neuzuteilung einer Wohnung pro m² Wohnraum eine öffentliche Bau-Schuldverschreibung im Wert von 20-80 Yuan zeichnen und dadurch ein Nutzungsrecht erwerben. Die Schuldverschreibungen werden nach fünf Jahren fällig und mit 3,5% jährlich verzinst. Der hierdurch entstehende Kapitalfonds soll für den Neubau von Wohnungen eingesetzt werden.

Auch der Verkauf von Wohnungen an Haushalte ist Teil der Reform des Wohnungsbaus der Stadt Shanghai. So können solche Haushalte, die dringend Wohnraum benötigen, über ausreichende finanzielle Mittel verfügen und deren Einheiten sie durch einen günstigen Verkaufspreis unterstützen, im Jahre 1991 zu einem Vorzugspreis von 250 Yuan/m² Wohnungen käuflich erwerben.

Die vorgenannten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus in Shanghai sind vor allem deshalb notwendig geworden, weil die in der Vergangenheit dafür eingesetzten Finanzmittel nicht mehr ausreichen. So hatte sich zwar im Zuge der Finanzreform (difang caizheng shixing baogan) das Steueraufkommen der Stadt Shanghai erhöht, gleichzeitig waren jedoch die aufzubringenden Subventionen gestiegen. Außerdem sind die Investitionsmittel der Industriebetriebe für den Wohnungsbau, die nicht mehr über den Wohlfahrtsfonds der Betriebe, sondern aus den Gewinnen bereitgestellt werden, aufgrund des erdrutschartigen Rückgangs der wirtschaftlichen

Effizienz (jingji xiaoyi huapo) der letzten zwei Jahre stark zurückgegangen. So betrug die im Jahre 1988 von den Industriebetrieben aufgebrauchten Investitionen für den Wohnungsbau noch 749 Mio. Yuan, sanken 1989 auf 595 Mio. Yuan und nahmen 1990 weiter ab. Auch die steigenden Unterhaltungs- und Reparaturkosten im Wohnungsbau stellten für Shanghai ein großes Problem dar, weil hier der Anteil der älteren Bausubstanz besonders hoch ist. Da der durchschnittliche Mietpreis in Shanghai pro m² lediglich 0,218 Yuan [0,06 DM] betrug, blieben nach Abzug von Verwaltungskosten kaum noch Mittel für die notwendigen Reparaturen übrig. (Wenhui bao, 8.12.90, S.1-3)

Die Reform des Wohnungsbaus wird bereits seit Mitte der 80er Jahre landesweit diskutiert und wurde ab 1984 auch in einigen Städten versuchsweise durchgeführt. In der Stadt Yantai, Provinz Shandong, belegten Untersuchungen, daß im Jahre 1986 die durchschnittlichen Konsumausgaben eines Haushalts für Lebensmittel 48% des Einkommens ausmachten, während die Mietkosten lediglich 1,4% betrug. In Yantai wurde dann beispielsweise ein System von "Subventions-Berechtigungsscheinen" eingeführt, um die Mietpreise von 0,07 auf 1,28 Yuan anheben zu können. Die Berechtigungsscheine stellten einen Wert von 23,5% des Monatseinkommens eines Beschäftigten dar. Lagen die tatsächlichen Mietkosten über dem Wert des Berechtigungsscheines, beispielsweise wenn Beschäftigte über einen sehr großen Wohnraum verfügten, mußte ein zusätzlicher Mietbetrag gezahlt werden; im umgekehrten Falle konnte der Differenzbetrag zum Erwerb einer größeren Wohnung gespart werden. (CD, 23.10.90; XNA, 20.12.90)

Nach Aussage von chinesischen Wirtschaftsexperten sind die Reformen jedoch in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen, da durch die Anhebung der subventionierten Mietpreise eine Erhöhung der Inflationsrate befürchtet wurde. Inzwischen wird die Notwendigkeit zur Weiterführung der Reform, insbesondere die Anpassung der Mietpreise und der Wohnungverkauf, von den lokalen Regierungseinheiten wieder als dringend anerkannt - in den ZK-Vorschlägen zum 10-Jahresprogramm und zum 8.Fünfjahresplan fehlen hierzu konkrete Ausführungen. (XNA, 28.12.90; SWB, 29.1.91)

Insgesamt ist der Anteil der Mietkosten an den gesamten Lebenshaltungskosten auf Landesebene in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, während der Wohnraum immer knapper wurde. Während im Jahre 1983 der prozentuale Anteil der Mietkosten an den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten pro Kopf noch 1,52% ausmachte, fiel dieser Anteil bis 1989 auf 0,73%. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S.300) Mit der Anpassung der Mieten soll zumindest in begrenztem Maße der Preis wieder eine Informations- und Steuerungsfunktion für wirtschaftliche Entscheidungen übernehmen.

Nach Angaben von Wohnungsbauminister Ye Rutang, plant die Regierung den städtischen Wohnraum im Verlauf des 8.Fünfjahresplanes auf durchschnittlich 7,5 m² und bis zum Jahre 2000 auf 8,0 m² pro Kopf zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nach Ye Rutang Investitionen in Höhe von 20 Mrd. Yuan pro Jahr für den Wohnungsbau erforderlich. Obwohl in den letzten 12 Jahren die gesamte Wohnfläche um 1,24 Mrd. m² vergrößert werden konnte und sich dadurch die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf von 3,6 m² auf 6,8 m² ausweitete, würden immer noch 5,39 Mio. städtische Haushalte dringend einer Wohnung bedürfen. (XNA, 22.11.90) -schü-

*(27)

Investitionen und Kredite für die Landwirtschaft

Nach einem Bericht der *China Daily* vom 26.12.90 plant die Regierung, 3,2 Mrd. Yuan im Jahre 1991 in die Landwirtschaft zu investieren, das sind 200 Mio. Yuan mehr als im Vorjahr. Durch diese Investitionen soll insbesondere die Baumwollproduktion erhöht und der Anteil der Anbauflächen mit hohen Ernteerträgen gesteigert werden. Insgesamt sollen 37 landwirtschaftliche Projekte in den Provinzen Yunnan, Guizhou, Qinghai, Shanxi, Shaanxi und Fujian sowie in den ländlichen Außenbezirken der Städte Chongqing, Qingdao, Chengdu, Shenyang und Xian gefördert werden. Dabei wird das Ziel verfolgt, diese Gebiete von Getreidelieferungen aus anderen Teilen Chinas unabhängiger zu machen. Die langfristige Erhöhung des Outputs an Getreide, Baumwolle,

Speiseöl und Fleisch in diesen Gebieten wird angestrebt, allerdings soll die Steigerung der Baumwollproduktion 1991 Vorrang haben. Offensichtlich tritt damit eine stärkere Orientierung der landwirtschaftlichen Produktion an lokalen komparativen Vorteilen gegenüber einer Selbstversorgung mit Getreide und Baumwolle für die lokale Industrie in den Hintergrund.

Von den geplanten Investitionen in Höhe von 3,2 Mrd. Yuan wird die Zentralregierung 1,6 Mrd. Yuan übernehmen, die übrige Hälfte wird von den lokalen Regierungseinheiten zu finanzieren sein.

Wird die von der Zentralregierung angekündigte Steigerung der Investitionen in die Landwirtschaft jedoch mit den Investitionen der vergangenen Jahre in den Investbau verglichen, so stellen sie eher einen Rückgang als eine Erhöhung dar. Für den landwirtschaftlichen Investbau wurden beispielsweise 1986 und 1987 jeweils 4,387 Mrd. Yuan und 4,681 Mrd. Yuan aus dem Staatshaushalt finanziert, ein Anteil von rund 2% pro Jahr.

Neben der "Erhöhung" der staatlichen Investitionen soll die Landwirtschaftsbank im Jahre 1991 verstärkt Kredite bereitstellen. Geplant ist eine Zunahme der Kredite um 10,3 Mrd. Yuan. Im Jahre 1990 vergaben die Landwirtschaftsbank und die ihr untergeordneten Kreditgenossenschaften Kredite in Höhe von insgesamt 142,1 Mrd. Yuan, 36,3 Mrd. Yuan bzw. rund 30% mehr als im Vorjahr. Die Hälfte der Kredite in diesem Jahr soll für large-scale Projekte verwandt werden, der Rest für die Förderung der Pflanzenproduktion. Hierzu zählen Projekte zur Reduzierung der ländlichen Armut und zur Verbesserung der Flächenerträge sowie zur Entwicklung von Schutzgürteln gegen Bodenerosion und Bewässerungsprojekte. Auch die ländlichen Industriebetriebe, die im letzten Jahr ca. 13 Mrd. US\$ ausländischer Devisen erwirtschaftet haben, sollen stärker durch eine Erhöhung der Kredite um 3 Mrd. Yuan unterstützt werden. (XNA, 15.1.91) -schü-

*(28)

Entwicklung des Lebensstandards und der Einkommen

Einer Untersuchung der Akademie der Sozialwissenschaften zufolge hat sich der Lebensstandard im Verlauf der

Reformperiode wesentlich erhöht. So stieg der Lebensstandard-Index [der 13 unterschiedliche Faktoren wie beispielsweise Konsum, Einkommen, Ernährung, Wohnraum, Energieverbrauch, Komfort und Preisindizes umfaßt] in den 30 Jahren vor der Reform um durchschnittlich 5,3% jährlich, während er sich in den anschließenden zehn Jahren [bis 1988] um 10,1% durchschnittlich pro Jahr erhöhte. (XNA, 22.12.90) Da die Gewichtung der einzelnen Faktoren bei der Aufstellung des Lebensstandard-Index nicht angegeben ist und die Entwicklung der letzten Jahre nicht berücksichtigt wird, die insbesondere durch hohe Inflationsraten gekennzeichnet war, hat diese Untersuchung über die Verbesserung des Lebensstandards nur beschränkte Aussagekraft.

Einigen Aufschluß über die Veränderung des Lebensstandards in den Städten gibt eine von der Akademie der Sozialwissenschaften und dem Staatlichen Statistikamt gemeinsam durchgeführte Untersuchung, bei der 7.000 Beschäftigte in 12 Städten (vier Provinzen) um eine Einschätzung ihres augenblicklichen Lebensstandards gebeten wurden. Von den Befragten erklärten 67,2%, daß sich ihr Lebensstandard "beträchtlich" oder "etwas" verbessert habe, während 20% ihren Lebensstandard als "unverändert" und 12,6% als "verschlechtert" bezeichneten.

Diejenigen Befragten, die ihren Lebensstandard als verbessert einschätzten, waren Leiter von Einheiten [Betrieben, öffentlichen Institutionen], Beschäftigte im Dienstleistungsbereich sowie bestimmte Industriearbeiter und Techniker; das Alter der meisten Befragten betrug zwischen 26-35 Jahre. Ein Anteil von 45,3% dieser Befragten begründete die Verbesserung ihres Lebensstandards mit der Erhöhung ihrer "Gehälter und Bonusauszahlungen", 25,3% mit der "Zunahme der Beschäftigung von Familienmitgliedern" und 2,4% der Befragten mit "Schwarzarbeit".

Als Grund für die Verschlechterung ihres Lebensstandards gaben 45,3% der Befragten an, daß dies auf den Preisanstieg zurückzuführen sei, 19,4% erklärten, daß sie zuviel Geld für Geschenke ausgegeben hätten und 13,2% führten den Rückgang ihres Lebensstandards auf gesunkene Einkommen zurück.

Trotz eines Anstiegs der Löhne und der Pro-Kopf-Einkommen in den letzten fünf Jahren berichten Experten, daß 30% der städtischen Einwohner insgesamt ihren Lebensstandard aufgrund von Preissteigerungen als verschlechtert betrachten. (SWB, 16.1.91)

Erste offizielle Veröffentlichungen über die Entwicklung des Lebensstandards und der Einkommen im Verlauf des 7.Fünfjahresplanes [1986-90] gehen von einer Verbesserung in der Ernährung und einer Steigerung der Einkommen aus. So wird darauf hingewiesen, daß die durchschnittliche Kalorienzahl im Planzeitraum pro Person 2.637 betrug und sich damit dem Welt-durchschnitt von 2.671 Kalorien näherte. (SWB, 5.12.90) Eine Bewertung dieser durchschnittlichen Kalorienzahl ist jedoch aufgrund fehlender Vergleichsdaten für die Periode des 6.Fünfjahresplanes nicht gegeben. (SWB, 5.12.90) Allerdings stellt diese Kalorienzahl gegenüber der Ernährungssituation im Jahre 1978 mit durchschnittlich 2.311 Kalorien pro Kopf eine Verbesserung und gegenüber dem Jahr 1982 mit 2.779 Kalorien eine Verschlechterung in der Ernährung dar. (XNA, 8.7.83).

Während des 7.Fünfjahresplanes stiegen die Einkommen der Städter und Bauern von 685 Yuan bzw. 397,6 Yuan im Jahre 1985 nach vorläufigen Angaben auf 1.360 Yuan und 630 Yuan im Jahre 1990 an. Der jährlichen Zuwachsrates der städtischen Einkommen von 14,7% und der ländlichen Einkommen von 9,6% steht jedoch eine durchschnittliche Erhöhung des Einzelhandelspreis-Index von jährlich ca. 10% gegenüber. Allerdings muß der hohe Selbstversorgungsgrad der Bauern berücksichtigt werden, so daß die Steigerung des Einzelhandelspreis-Index die ländlichen Einkommen weniger stark beeinflusst. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S.249; RMRB 16.1.91) Während der Anstieg der ländlichen Einkommen in der Periode 1981-85 höher als die Zuwachsrates der städtischen Einkommen war, hat sich dieser Trend inzwischen umgekehrt. Auch 1990 stieg unter Berücksichtigung von Preissteigerungen das Einkommen der städtischen Einwohner noch um 6,6%, dagegen nahmen die Einkommen der Bauern lediglich um 1% zu. Nach Untersuchungen des Statistikamtes über die ländliche Einkommensentwicklung im 1. Halbjahr 1990, durchgeführt in 66.400 Haushalten in 29 Provinzen,

sanken die Einkommen preisbereinigt sogar um 4%. Gleichzeitig haben sich die regionalen ländlichen Einkommensunterschiede vergrößert. Im letzten Jahr beispielsweise betrug das durchschnittliche ländliche Pro-Kopf-Einkommen in den ländlichen Außenbezirken von Shanghai und Beijing 1.379,87 Yuan bzw. 1.230,56 Yuan, in Gansu und in Shaanxi dagegen 365,89 bzw. 433,67 Yuan. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S. 315) Während die Bauern in den Außenbezirken der Städte Shanghai, Beijing, Tianjin und in der Provinz Zhejiang die höchsten Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, ist das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Einwohner in Guangdong, Hainan und Shanghai am höchsten. (XNA, 12.9.90; SWB, 3.10.u.19.12.90)

Zum unterschiedlichen Niveau des Lebensstandards tragen außerdem die zahlreichen lokal und branchenmäßig variierenden Subventionen bei, die Beschäftigte in Industriebetrieben und öffentlichen Institutionen erhalten. So beträgt nach offiziellen Angaben die durchschnittliche Höhe der Wohlfahrtssubventionen landesweit 347,1 Yuan jährlich pro Kopf, das sind 53,82% des Basiseinkommens der Beschäftigten. Die durchschnittliche Höhe der direkten Subventionen in Form von Geldzahlungen einschließlich der Subventionen für Transport und Heimreisen beträgt 23,38 Yuan und von nicht-monetären Leistungen für Wohnung, Heizung und medizinische Versorgung 201,13 Yuan jährlich. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten pro Kopf indirekte Subventionen von 119,59 im Jahr. Im Vergleich zum landesweiten Durchschnitt erfreute sich ein Arbeiter in Beijing jährlichen Subventionen von durchschnittlich 621,61 Yuan im Jahre 1987, 792,7 Yuan im Jahre 1988 und über 950 Yuan im Jahre 1989. Die Höhe der monetären Zahlungen für Wohlfahrtsleistungen eines Arbeiters in Beijing betrug 1988 147 Yuan und von nicht-monetären Leistungen 262,13 Yuan im Jahr. (RMRB, 23.12.90) -schü-

*(29)

Wasserpreise in den ländlichen Gebieten erhöht

Um eine ausreichende Finanzierung bestehender Bewässerungsprojekte zu garantieren, werden die Wasserpreise für die ländlichen Nutzer in diesem

Jahr angehoben. Durch eine Verdoppelung der Preise von derzeit 0,025 Yuan pro cbm wollen die entsprechenden Verwaltungsstellen Finanzmittel in Höhe von 2-2,5 Mrd. Yuan einziehen und diese für die Unterhaltung und Reparatur von Bewässerungsanlagen aufwenden. Die lokalen Verwaltungsstellen sollen das Recht erhalten, bei Nichtzahlung der Wassergebühren die Lieferungen zu beschränken oder auszusetzen.

Erst mit der Einführung der Haushalts-Vertragssysteme wurden Gebühren für die Wassernutzung erhoben. In den letzten Jahren soll vor allem das Problem der steigenden Wassernutzung der Bauern ohne entsprechende Zahlung der Wassergebühren zugenommen haben. Dadurch habe sich das Problem mangelnder Finanzmittel für die Unterhaltung und Reparatur der überwiegend in den 50er und 60er Jahren gebauten Bewässerungssysteme verschärft. Nach offiziellen Angaben werden hierfür jährlich mehr als 4 Mrd. Yuan benötigt; hiervon übernimmt der Staat einen Anteil von 500 Mio. Yuan. (XNA, 19.1.91) -schü-

Taiwan

*(30)

Besuch des französischen Industrieministers in Taiwan

Eine 28köpfige französische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Industrieministers Roger Fauroux hielt sich vom 5. bis 10. Januar in Taiwan auf. Es war der erste Besuch eines französischen Ministers in Taiwan seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Taipei 1964 infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Beijing.

Neben der Teilnahme an der Konferenz für Wirtschaftszusammenarbeit beider Seiten hat Minister Fauroux Gespräche mit Taipeis Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent C.Siew), Außenminister Qian Fu (Fredrick F.Chien), Ministerpräsident Hao Baicun (Hau Pei-tsun) und Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) geführt. Li Denghui bezeichnete

den Besuch der französischen Delegation als einen neuen Meilenstein in den Beziehungen zwischen Taipei und Paris. Doch in der Öffentlichkeit äußerte sich Fauroux sehr zurückhaltend über die politische Bedeutung seines Besuches.

Frankreich, das inzwischen den Auftrag für den Bau der U-Bahn in Taipei erhalten hat, bemüht sich darüber hinaus auch um Beteiligung an mehreren anderen Großbauprojekten in Taiwan wie z.B. an einem neuen Kernkraftwerk, einer Hochgeschwindigkeitsbahn, an Umweltschutzeinrichtungen sowie an der Entwicklung der Raumfahrtforschung im Rahmen des neuen Sechsjahresplanes. Vor einiger Zeit wollte Paris Kriegsschiffe an Taiwan verkaufen. Infolge scharfer Proteste aus Beijing ist das Geschäft aber schließlich gescheitert. Am 10. Januar hat der Sprecher des Beijinger Außenministeriums den Besuch von Industrieminister Fauroux in Taiwan öffentlich verurteilt. Der Besuch wurde als eine Verletzung der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Beijing sowie als ein Widerspruch der von der französischen Regierung zugesagten "Ein-China-Politik" bezeichnet. (LHB und CP, 5.-11.1.91, ZZ, No.85, 18.1.91, S.5-6; Xinxuwen, Tapei, No.201, 14.-20.1.91, S.66 f.) -ni-

*(31)

"Urlaubs-Diplomatie"

In Taiwans Außenpolitik ist neben den verbreitet verwendeten Bezeichnungen wie "pragmatische Diplomatie" (wushi wajijiao) und "flexible Diplomatie" (tanxing wajijiao) nun eine neue Terminologie hinzugekommen: "Urlaubs-Diplomatie" (dujia wajijiao). Vom 26. bis 29. Dezember 1990 hielt sich Ministerpräsident Hao Baicun (Hau Pei-tsun) in Singapur auf, das im letzten Oktober diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte, wobei Taipei gezwungen wurde, den Namen seiner Handelsvertretung in dem Stadtstaat zu ändern, d.h. die Staatsbezeichnung "Republik China" wegzulassen. Doch die engen substantiellen Beziehungen Singapurs mit Taiwan bleiben davon unberührt. Offenbar um dies zu artikulieren, wurde Hao vom Altministerpräsidenten Singapurs, Lee Kuan Yew, eingeladen, einen "privaten Urlaub" in dem Stadtstaat zu verbringen.